Bezugspreis:

Vierteljahr 13,50 Mk., monatlich 4,50 Mk. ...

Der 'Formaria' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wöchentlich zweimal Sonntags stumm.

Telegramm-Adresse

'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Reklamereihe kostet 2-20, Anzeigenzusatz 50% ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Dienstag, den 13. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Für wen?

Die Deutschnationalen haben den Tag des Inkrafttretens des Versailler Friedens mit der ihnen ureigenen Bewusstlosigkeit für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen versucht.

Von den vielen Auffäßen der rechtsstehenden Presse, die sich in diesem schmutzigen Fahrwasser bewegen, wollen wir hier nur auf den Montagsartikel des Chefredakteurs der 'Täglichen Rundschau', Heinrich Rippler, hinweisen, der folgende Stelle enthält:

Als im Oktober 1918 nochmals gekämpft werden sollte, um wenigstens das Schlimmste, die Verflüssung, abzuwenden, da überschäumte der 'Vorwärts' vor Eutrophung, daß noch weiteres Weitergehen gefordert werde, und einer der Führer stellte die empörte Frage 'Für wen?'

Der Gedanke zur 'levée en masse', auf den Rippler anspielt, folgte mehrere Wochen nach der Vankeroit-erklärung Ludendorffs. Am 29. September 1918 vertrat die Oberste Seeresleitung die Bildung einer verhandlungsfähigen Regierung und die Entsendung eines Friedensangebots an die Entente.

Erst später, als Ludendorff eine leichte Besserung der Lage an der Westfront feststellen zu können glaubte, fiel er um und forderte er das Weiterkämpfen und ließ er den Gedanken einer 'levée en masse' verbreiten.

Der einfache gesunde Menschenverstand mußte einen jeden Mariehenden davon überzeugen, daß diese angebliche Verbesserung der Lage an der Westfront in Anbetracht der immer neuen amerikanischen Verstärkungen, der immer drückenderen Uebermacht an Munition, Flugzeugen usw. auf seiten der Entente nur vorübergehend sein konnte.

Was nun die übrigen Fronten anbelangte, so wußten wir damals schon — und das wußten auch die Ludendorff und Rippler —, daß Österreich-Ungarn bereits in Auflösung begriffen war, daß die Revolution in Tschechoslowakien, in Südslawien, in Ungarn usw. vor der Tür stand, und daß die italienische Front sich nur noch einige Tage lang halten konnte.

Unter diesen Umständen fragten wir in der Tat 'Für wen?' eigentlich das weitere Waffensterben, das eine Massen-erhebung im Sinne Ludendorffs bedeuten hätte, erfolgen sollte.

Rippler meint, das 'Sterben von Männern im aufregenden ehrsüchtigen Kampfe' sei dem 'Verhungern und Verfaulen von Frauen und Kindern im Frieden' vorzuziehen.

Ueber die Vorzüge der beiden Lösungen wollen wir, wie gesagt, mit den Deutschnationalen, die uns laßt ihrer ganzen

Die unabhängige Generalstreikparole.

Der Bezirksverband der U. S. P. D. und der 'Kollaborat Groß-Berlin' (auch eine rein unabhängige Körperschaft) sowie verschiedene von den unabhängigen beherrschte Gewerkschaftsverbände erlassen in der 'Freiheit' einen Aufruf an die Arbeiter, um 12 Uhr mittags die Betriebe zu verlassen und in Massen vor dem Reichstag zu demonstrieren.

Wie weit diese Parole befolgt worden ist, ließ sich bei Redaktionsschluss unseres Blattes noch nicht feststellen. Nach uns zugegangenen Informationen ist sicher, daß sie in einer großen Anzahl von Betrieben, darunter auch wichtige, nicht befolgt werden wird.

Die Kundgebungen vor dem Reichstag.

Während die Umgebung des Reichstags bis gegen Mittag ihr gewöhnliches Aussehen zeigte und außerhalb des Reichstags kaum ein Sicherheitsposten zu sehen war, sammelten sich in der Stadt die Mäße, welche um drei Uhr nachmittags auf dem Platz vor dem Reichstag demonstrieren wollten.

Kurz vor 1 Uhr begannen die Mäße bereits am Reichstag einzuströmen. Durch die Linden und durch die Dubapeter Straße strömten unabläßig starke Mäße. Auch die Hindenburgstraße am Reichstag war fast ganz von Menschen erfüllt.

Seitensrichtung nicht verstehen würden, nicht diskutieren. Aber eins ist sicher: das weitere Sterben der Männer in ehrsüchtigen Kampfe hätte das spätere Verhungern und Verfaulen der Frauen nicht verhindert, weil der Frieden ebenso schlecht, wahrscheinlich noch schlechter ausgefallen wäre.

Da fragen wir heute mehr denn je: Für wen hätte das Weisbluten weitergehen sollen?

Im übrigen: Wir glauben nicht, daß der deutschnationalen Rippler jemals im Kriege geknurret hat, daß er jetzt im Frieden hungert. Aber wir wissen bestimmt, daß er nicht zu den Männern gehört hätte, die im ehrsüchtigen Kampfe gestorben wären.

Der Völkerbund.

Eine von der englischen 'Lithiation' Horsea ohne näherer Quellenangabe verbreitete Pariser Meldung besagt, daß die erste Zusammenkunft des Völkerbundes am Freitag, den 14. Januar, 10 Uhr 30 Minuten festgesetzt ist.

Nach einer Erwähnung hat die Regierung der Vereinigten Staaten Deutschland formell mitgeteilt, daß die Bedingungen des Völkerbundes für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland maßgebend sind.

Der Friedensvertrag tritt nur denjenigen Staaten gegenüber in Kraft, die ihn ratifiziert haben. Allen anderen Staaten gegenüber gilt noch der Waffenstillstand. Daraus ergibt sich ein höchst unklarer Zustand, der vor allem deswegen die größten Bedenken hervorrufen muß, weil mit völliger Ratifizierung alle

im Vertrage vorgesehenen Fristen zu laufen beginnen, auch mit Wirkung für diejenigen Staaten, die noch nicht ratifiziert haben. Bei derartigen Unklarheiten sind Revisionen möglich, ja sogar wahrscheinlich.

Wie der 'Populaire' mitteilt, hat die französische Regierung dem Direktor des 'Avanti', Berrati, der in Paris an einer sozialistischen Versammlung teilnehmen wollte, an der Grenze den Eintritt nach Frankreich verweigert, obwohl die französische Gesellschaft in Rom seinen Paß visiert hatte.

Fromme Wünsche.

Die Interalliierte Rheinlandkommission erwies einen Aufruf, worin sie mit dem Tage des Friedensschlusses die oberste Leitung der alliierten Regierungen in den besetzten Gebieten übernimmt. In dem Aufruf heißt es, die alliierte Kommission werde gemäß den Bestimmungen der alliierten Regierungen bestrebt sein, der rheinischen Bevölkerung die Lasten der Besetzung so leicht wie möglich zu machen unter der Voraussetzung, daß es der deutschen Regierung ernst sei, den Völkern, die ein Opfer des Krieges geworden seien, die ihnen zuzustehenden Entschädigungen zu leisten.

Die gescheiterte Einigung.

(Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.)

Aus Danzig wird uns folgende Entschliebung mitgeteilt: Die am 12. Januar tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt nimmt Kenntnis von dem Bericht der Parteitagdelegierten und von dem ergebnislosen Ausgang des Parteitages.

Die Versammlung ist mit der Haltung der Delegierten einverstanden und erkennt an, daß die Delegierten alles getan haben, um die Einigung zustande zu bringen.

Offenbüchlich hat der Verlauf des Parteitages bewiesen, daß auf seiten der U. S. P. der ehrliche Wille zur Einigung nicht vorhanden ist und an dem Starsinn der U. S. P.-Vertreter gescheitert ist. Auf Grund dieser Tatsache erklärt die Versammlung die formelle Einigung als nicht geschehen und betrachtet sich nach wie vor als Sozialdemokratischer Verein innerhalb der Sozialdemokratischen Partei für die freie Stadt Danzig.

Die versammelten Parteigenossinnen und -genossen geloben, ihre ganze Kraft für die Sozialdemokratische Partei und die Verwirklichung des Sozialismus einzusetzen und alle hierzu zweckdienlichen Mittel anzuwenden. Die Entschliebung wurde einstimmig gefaßt.

Die Streiklage im Reich.

Bisher ist in Düsseldorf keine Veränderung in der Streiklage eingetreten. Die Hauptstreikleitung hat in Berlin einen Antrag gestellt, wonach die Eisenbahnarbeiter bereit sind, die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufzunehmen:

Erhöhung der Abschlagszahlung auf die bewilligten erhöhten Stundenlöhne von 40 auf 70 Pfennige, rückwirkend vom 1. Oktober 1919. Zugleich, um der augenblicklichen Kostlage abzuhelfen, eine Erschußsumme von 100 Mark, deren Sicherheit durch die bewilligte Lohnerhöhung gegeben ist.

Die Eisenbahnarbeiter im Eisenbahnbezirk Münster beschlossen in einer am Montagabend abgehaltenen Versammlung mit großer Mehrheit, in den Ausstand zu treten.

Wie aus Klenburg gemeldet wird, hat sich der Eisenbahnarbeiterstand auch auf Neumünster ausgedehnt. Der Personen- und Güterverkehr ist gänzlich lahmgelegt. Die Züge nach dem Norden verkehren nicht mehr.

Eine Vertrauensmännerversammlung der drei großen Eisenbahnergewerkschaften in Breslau sah, einer Mitteilung der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung' zufolge, die Niederlegung der Arbeit für Mittwoch früh vor. Es werden nur Lebensmittel- und Milchzüge verkehren. Die drei Organisationen werden den Streik gemeinschaftlich führen. Es sind folgende Forderungen aufgestellt worden:

Zahlung von 60 Mk. Erschuß pro Woche auf den neuen Tarif, Verlegung des Ausstands in die erste Wirtschafsstufe, Zahlung

lung der Wirtschaftsbetriebe prozentual an alle, die sie noch nicht erhalten haben, endgültige Einführung des Räte-systems nach den Frankfurter Richtlinien.

Die letzte Forderung beweist den politischen Charakter des Ausstandes.

In Braunschweig sind die Telegraphenarbeiter in den Streik getreten.

Zur Unterdrückung der Unruhen in Hamburg ist ein starkes Truppenaufgebot abgegangen.

Bei einer Versammlung im städtischen Saalbau in Essen wurden von den streikenden Eisenbahnarbeitern folgende Forderungen erhoben, die von der Zentralstreikleitung als Programm aufgestellt wurden:

1. Nachzahlung der neuen Bezüge ab 1. Oktober 1919
2. Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung. 3. Erhebung des gesamten Industriegebietes in die erste Wirtschaftsklasse.
4. Solidarität mit den Forderungen der Eisenbahnbeamten.
5. Aussperrungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden.

Die Hohen Rhein I, Lohberg, Wehfen I bis V sind in den Ausstand getreten. Die Forderungen der Ausständigen sind in der Hauptsache politischer Art: Die Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung der in Schutzhaft befindlichen. Auch Einführung des Sechsstundentages wird gefordert. Im übrigen Ruhrgebiet gilt es ebenfalls. Von radikaler Seite wird auf einen neuen umfangreichen Streik der technischen Angestellten und der Belegschaften hingearbeitet.

Aufruf der Hamburger Genossen.

(Drahtbericht unseres Hamburger Korrespond.)

Die Parteivorstände des Hamburger Stadtgebietes erlassen folgende eine Rundgebung gegen den Aufruf der Unabhängigen und der Kommunisten. Sie fordern die Parteigenossen und die Arbeiterschaft auf, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Die Rundgebung führt ausführlich aus, daß es den Kommunisten um die weitere Bekämpfung des Betriebsrätegesetzes in Rubensdorf ihrer Diktatur gar nicht zu tun sei, während die Unabhängigen, falls sie wirklich ein Interesse an der Weitergestaltung des Gesetzes gehabt hätten, dies in der Nationalversammlung durch positive Mitarbeit hätten betreiben können. Sie haben das nicht getan. Die Sozialdemokraten würden alles tun, um noch in letzter Stunde für einen vorbildlichen Umbau des Gesetzes zu wirken. Die Vorstände fordern die Arbeiterschaft auf, sich nicht in leichtfertige Massendemonstrationen einzulassen und den Weisungen ihrer Parteiführer zu folgen.

Ein Mahnwort!

Der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen richtet folgenden Aufruf an die Eisenbahner:

„Endlich ist der Friede ratifiziert, endlich soll die Stunde der Erlösung schlagen für vierhunderttausend gequälte Menschen und für Tausende und aber Tausende bergweiser Mütter und Frauen, die das Hoffen schon fast verloren hatten. Endlich sollen die Gefangenen heimkehren!

Nun lesen wir in den Zeitungen, daß durch das Stilllegen des Eisenbahnverkehrs eine neue Verzögerung eintreten könne; da wenden wir Mütter und Frauen uns an Euch, Eisenbahner! Es kann nicht wahr sein, daß in dem Augenblick, wo der grausame Gegner die Fesseln der Gefangenen löst, die Weimarer selbst die Türen vor ihnen verschließen will. Es kann nicht wahr sein, daß Ihr die eigenen deutschen Brüder noch zu weiteren Qualen verdammen wollt!

Wir fragen nicht, welches der Grund ist, der Euch zum Streik trieb. Wir Mütter und Frauen kennen nichts, was die Veranlassung sein dürfte, daß unsere Gefangenen auch nur eine Stunde länger leiden.

Denkt, was es für sie heißt, noch warten zu müssen, nun sie frei sein könnten; denkt an Eure eigenen Frauen und Mütter, was sie leiden würden, wenn Ihr drüben hinter dem Stacheldraht säßet! Es kann nicht wahr sein, daß Ihr diesen Summer und aufbürden wollt!

Der Reichskunstwart.

Von Dr. John Schifowski.

Im Reichsministerium des Innern war am Montag ein kleiner Kreis von Künstlern und Kunstfachverständigen versammelt, denen der Minister Koch, der Unterstaatssekretär Lewald und Dr. Edwin Redlob nähere Mitteilungen über Zweck und Organisation der neugegründeten Reichskunstberatungsstelle machten.

Die Mitteilungen, an die sich eine längere Diskussion knüpfte, hatten, kurz zusammengefaßt, folgenden Inhalt. Einer Anregung des Werkbundes entsprechend hat der Reichsminister des Innern sich einen sachverständigen Berater zur Seite gesetzt, der ihn in der Entscheidung über alle künstlerischen Angelegenheiten, soweit sie in sein Ressort fallen, maßgebend beeinflussen soll. Dieser Berater, der den offiziellen Titel „Reichskunstwart“ führt, arbeitet mit „Berätern“ zusammen, die er aus den Kreisen der Künstler und Kunstfachverständigen von Fall zu Fall, entsprechend der jeweilig vorliegenden Aufgabe, nach eigener freier Wahl beruft. Jeder Auftrag, den das Ministerium zu vergeben hat und bei dessen Ausführung künstlerische Fragen mitsprechen, wird dem Reichskunstwart zur Erledigung überwiesen. Seine Entscheidung ist für den Reichsminister des Innern maßgebend.

Die ganze Organisation konzentriert sich also auf die Person des Reichskunstwarts, der zwar letzten Endes dem Minister gegenüber verantwortlich ist, in seinem Wirkungsgebiet aber völlig souverän handeln und walten kann. Man wird unbedingt anerkennen müssen, daß der Minister Koch bei der Wahl dieses wichtigen Vertrauensmannes einen sehr glücklichen Griff getan hat. Der junge Leiter der württembergischen Kunstausstellungen, Dr. Redlob, ist nicht nur ein seiner Kenner der alten und neuen Kunst, sondern auch ein Mann von Energie und vorurteilslosem Wagemut, der neben einem hochkultivierten Geschmack vor allem auch volles Verständnis für die im Werden begriffenen Kunstströmungen besitzt. Daß er bei seiner amtlichen Tätigkeit die offizielle Mitwirkung der Künstlerorganisationen prinzipiell ablehnt, ist — wie die Verhältnisse bei uns gegenwärtig liegen — zu billigen. Denn diese Organisationen, unter welcher idealistischen Flagge sie auch segeln mögen, vertreten im Grunde immer vorwiegend wirtschaftliche Interessen und sie sind daher ungeeignet, an der Entscheidung über rein künstlerische Fragen vorurteilslos mitzuwirken. Man darf zu der Personenerkenntnis Redlobs, der mit allen in Betracht kommenden Künstlerkreisen in Fühlung steht, das Vertrauen haben, daß er bei der Zusammenlegung seiner „Beiräte“ in den einzelnen Fällen die richtigen Leute zu finden wissen wird. Er selber erklärte übrigens, daß er

Darum bitten wir Euch, erlöst uns aus den Qualen des Zweifels, gebt uns die Gewißheit, daß das Wiedersehen mit unseren Lieben auch nicht um einen Tag hinausgeschoben wird, sagt es uns, daß die Bünde, die unsere Gefangenen bringen sollen, unbehindert über die Grenze in die Heimat rollen werden.“

Ueber-Marloh.

Herr Waldi Penhler, Rentner und Kompagnieführer im Regiment Reinhard, veröffentlicht im „Reichsboten“ seine Erinnerungen vom 8. November 1918 bis 31. März 1919. Herr Penhler ist derselbe, der mit großer Wallust das Kommando bei der Erschießung der 29 Matrosen durch Marloh geführt hat. Seine Erzählung macht den Eindruck eines geistig außerordentlich beschränkten, gleichzeitig brutalen und präherischen Soldaten. Er verfährt genau wie vor Gericht, wo er die Erschossenen kurzerhand als Lumpen, Strauch und Verbrecher bezeichnet. Sein Urteil — wenn der Gehg diesen Namen verdient — wimmelt von gemeinen Schimpfwörtern; nach Waldi Penhler waren alle Revolutionäre am 8. November „ohne Ausnahme heruntergekommene Elemente mit verwahrlosten Gesichtsausdrücken“, die Soldaten waren „in Uniform gesteckte Verbrecher“, die roten Fahnen „schmutzige, rote, alte Lappen“. Revolutionäre bezeichnet Penhler etwa fünfmal als „Gauner, Randalen, Lummel, Gassenkrolche, Bengel, Deferteure, vaterlandlose Gesellen, Lumpensüßler, Verbrecherhorde, rohe Anechte, Halunken usw. usw.“ Man sieht, sein Schimpfwort ist groß. Dagegen waren alle, die auf seiner Seite standen, „echte deutsche Männer“.

Doch Herrn Penhlers Geistesart und Stimmungen sind schließlich eine verhältnismäßig gleichgültige Sache. Wichtiger ist der Umstand, daß Herr Penhler sich mit größter Gelassenheit selber bei Marloh beteiligt, den er nach seinen Angaben am 5. Januar 1919 hängen hat. In diesem Tage lag das Regiment Reinhard in der Kaserne, Invalidentstraße Ecke Al-Moabit. Penhler hatte die Führung des 2. Bataillons und war Lagerkommandant. Nach seiner Angabe wurde die Kaserne am 6. Januar beschossen. Das weitere schildert Penhler selber folgendermaßen:

Nachdem ich eine gefüllte Ladung Handgranaten (6 Stück zusammengebunden) und ging mit dem Feldwebel Kade dieser Ladung, um allem fähigen Bande entgegen, und warf diese Ladung vor ihnen hin. Eine fürchterliche Detonation erfolgte; es war für einige Zeit Ruhe. Welch darauf aber fanden einige dieser Elemente den Mut, mich zu verfolgen. Wir griffen uns einen heraus und brachten ihn nach der Wache. Ich fragte den Mann, ob er Waffen bei sich hätte. „Nein“, war die Antwort. Bei genauer Untersuchung fand ich in seinem neuen gelochten (?! Red.) Westjacket zwei Armeepistolen, geladen, und 4 volle Ladestreifen, gleichfalls eine Mäglichkeitskarte vom Spartakusbund. Ich war keine Minute im Zweifel, daß dieser Mensch noch manch armen Regierungssoldaten um die Ecke gebracht hätte. (?! Red.) Also kurz entschlossen handelte! Ich ließ ihn auf der Stelle ein Taschentuch um die Augen binden und erschließen.

Das ist geschehen am 6. Januar 1919, also zu einer Zeit, wo weder Belagerungszustand verhängt, noch Standrecht proklamiert war. Vielleicht interessiert sich eine Anklagebehörde dafür, mit welchem Recht Penhler diese Erschießung vorgenommen hat. — Ferner rühmt sich Penhler, daß er jedem Handbesitzer in der Rathenower Straße folgenden „Befehl“ überliefert habe:

Moabit, 5. Januar 1919.

Ich habe festgestellt, daß aus Ihrem Hause wiederholt auf unsere Kaserne geschossen worden ist. Mithin ist ein Schutz, besetze ich Ihr Haus mit 6 Granaten. Der Hauswirt, Gehilfe der Verwalter und der Portier werden auf der Stelle handrechtlich erschossen.

ges.: Penhler, stellv. Bataillonsführer und Lagerkommandant.

Es mag Penhler zugegeben werden, daß die Situation im Januar für Führer von Regierungstruppen mitunter schwierig war und daß sie, während rechts und links Schüsse krachten, nicht jeden Buchstaben des Gesetzes strikte beobachten konnten. Die Art aber, wie Penhler vorgegangen ist, ging weit über jede Grenze

nicht nur ausführend, sondern auch anregend zu wirken beabsichtigt, indem er für Aufgaben, die erst in der Zukunft altmüt werden können, schon jetzt einzelne Künstler mit Entwürfen betrauen und sie dafür honorieren will.

Was dahin wäre alles gut und schön. Trift man aber der Frage näher, welches nun eigentlich das Arbeitsgebiet des neuen Reichskunstwarts ist, so erheben sich schwere Bedenken. Die Aufgaben, die man erhält, waren in diesem wichtigen Punkt weder befriedigend noch klar. Sicher scheint nur das eine zu sein, daß alle von der Reichsregierung ausgehenden Druckarbeiten (Postmarken, Papiergeld und ähnliches) seiner Begutachtung unterliegen. Die Reichsdruckerei, die bisher nur technisch vollkommenes leistete, wird in Zukunft auch in künstlerischer Hinsicht Musterschlichtes schaffen. Weiteres aber konnte vorläufig nicht in Aussicht gestellt werden. Schon auf dem wichtigen Gebiet der Bautätigkeit des Reiches erscheint der Einfluß des Kunstwarts eng und in einzelnen problematisch. Die Baubehörden des Reiches sind bekanntlich dem Reichsbauministerium unterstellt, bei dem natürlich in erster Linie fiskalische Gesichtspunkte maßgebend sein dürfen und das kaum geneigt sein wird, sich den Weisungen einer zum Reichsministerium des Innern gehörenden Stelle zu unterwerfen. Hier müßte in jedem Einzelfall ein Beschluß des Reichskabinetts herbeigeführt werden — eine zweifelhafte und umständliche Angelegenheit. Bei der Bautätigkeit der Einzelstaaten und der Kommunen mitzutun, fehlt dem Reichskunstwart aber überhaupt jede offizielle Befugnis. An die umfassenden weiteren Aufgaben, deren Lösung man von einem „Reichskunstwart“ erwarten und verlangen möchte und die ich im einzelnen hier nicht ausführen kann, ist vorläufig nicht zu denken.

Man darf dem Minister Koch zweifellos Glauben schenken, wenn er versichert, daß es sich bei der neuen Institution keineswegs um eine bloße Dekoration handle, sondern daß er ein sehr ernstes Ziel im Auge habe. Man kann auch in Dr. Redlob das Vertrauen setzen, daß er ehrlich bemüht sein wird, der bescheidenen ersten „Reimzelle“ zu kräftigem Wachstum zu verhelfen und ihre Ausdehnung über immer weitere Gebiete zu fördern. Trotzdem bleibt der Zweifel bestehen, ob es nicht ratsamer gewesen wäre, dem ganzen Unternehmen von vornherein eine breitere Basis zu geben und, wenn man schon kein Reichskunstministerium schaffen zu können meint, den Kunstwart nicht einem einzelnen Minister, sondern direkt dem Reichskanzler zu unterstellen.

Eine Fabel. Im Leipziger „Drachen“ wird der Gegenwart zur Rede aus der Gegenwart erzählt: Er hatte nichts, rein gar nichts und konnte nur schimpfen, schimpfen und wieder schimpfen wie ein Rohrspah. Auf was? Auf alles, was er nicht hatte, nicht konnte, nicht durfte. Auf das Geld, auf die Arbeit, auf das Leben,

das Notwendigen und Zufälligen hinaus und war geeignet, der Regierung in höchstem Maße zu schaden. Wenn man immer wieder in der mehr als 800 Stellen langen Darstellung liest, mit welcher innerer Wollust und Freude am Blutbergieren dieser Mann gegen seine eigenen Vorgesetzten gekämpft hat, wie präherisch er sich jetzt seiner „Hedentaten“ rühmt, die für jeden anständigen Menschen doch nur bittere Notwendigkeit sein könnten, wie er für seine Gegner nur eine Flut gemeiner Schimpfwörter wie Lumpen, Strauch, Halunken übrig hat, so muß man bedauern, daß ein Mann, der sich selber ein so überaus niedriges Charakterzeugnis ausstellt, jetzt Offizier in der Reichswehr sein kann. Menschen von solcher Schlächtergesinnung gehören nicht in eine republikanische Armee, am allerwenigsten als Führer.

Ein kaiserlicher Fatalist.

In einem Briefe Wilhelm II., den die „Post“ veröffentlicht, spricht Wilhelm II. dem Jaren zu der vernichtenden Niederlage des russischen Geschwaders, die dieses unter Kommando von der japanischen Flotte unter Admiral Togo am 27. Mai 1905 erlitten hatte, sein tiefstes Bedauern aus. Für die Auffassung Wilhelm II. ist folgende Briefstelle höchst charakteristisch:

„Er (der russische Admiral) tat alles, was in seiner Macht stand, um meinen Wünschen nachzukommen. Aber die Vorsehung wollte es anders und er mußte eine Niederlage erleiden, seinem Herrn bis zum letzten tapfer dienend.“

Dieser Fatalismus Wilhelm II., wie er kaum von Sirengengläubigen des Jnam überboten werden kann, beherrscht seine ganze Gedankenwelt in einer Weise, die nur zu sehr geeignet sein mußte, seinen politischen Schatzbild, der ohnehin schon nicht beträchtlich und durch seine mittelalterlich-romantischen Vorstellungen von den Aufgaben eines Herrschers besungen war, zu trüben sowie vor allem seine Aktionsfähigkeit zu beeinträchtigen. Die gleiche passive Ergebenheit spricht aus folgenden Worten:

„Es muß als Gottes Wille betrachtet werden, daß die Dinge diesen Lauf genommen haben! Gott hat diese Last auf dich gelegt, und sie muß getragen werden, aber vielleicht wird durch seine Absicht und mit seiner Hilfe schließlich etwas Gutes, von Dauer daraus, ein neues Leben und eine neue Ordnung der Dinge wird vielleicht aus dieser Zeit der Prüfung entstehen, als Belohnung, die Deine Untertanen reichlich verdient haben.“

Nun, aus der zaristischen Wirtschaft entstand allerdings ein neues Leben; sie führte zu der russischen Revolution, die es allerdings nicht fertigbrachte, die neue und, wie Wilhelm II. durchaus zutreffend bemerkt, von dem russischen Volk wohlverdiente Ordnung herbeizuführen.

Auf das an der Abneigung Wilhelm II. gegenüber Frankreich gekoppelte Kontinentalbündnis gingen wir bereits früher ein. Eine weitere Veröffentlichung läßt erkennen, daß es bei der Zusammenkunft in Bjersko in den finnischen Sächten am 23. Juli 1906 democh zu einem deutsch-russischen Bündnisabkommen kam. Jedoch bemühte sich Wilhelm II. wiederum, Frankreich bei dem Jaden in jeder nur erdenklichen Weise herabzusetzen, während dieser sich auch weiterhin nicht entschließen konnte, ohne Kenntnis des ihm verbündeten Frankreichs einen neuen Bundesvertrag einzugehen und Frankreich vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Die Gehässigkeit, mit der Wilhelm II. wieder und wieder Frankreich bei dem russischen Jaren herabzusetzen sucht, läßt sich aus diesen Worten treffend erkennen:

„Es wird den Franzosen sehr gut tun, wenn Du die Fägel ein bißchen schärfer anziehst. Ihre 10 Milliarden Frank, die sie in Russland angelegt haben, hindern sie zwar, vollständig abzuhollen, aber die Sprache zeigt, bis zu welchem Punkt die englischen Schmeicheleien die Franzosen bereits gebracht haben! Um das Gelingen von der „Mariage“ noch einmal zu gebäuden: „Marie“ (Frankreich) muß daran denken, daß sie mit Dir verheiratet und verpflichtet ist, mit Dir im Bett zu liegen, schließlich auch mich hin und wieder schlafen oder mir einen Fuß geben, aber nicht in das Schlafzimmer des immer intrigierenden „touche-a-tout“ auf der Insel schlafen soll.“

Die erhoffte Diebstahlung seitens Frankreichs blieb denn auch nicht aus, wenngleich sie eine etwas andere Form annahm, als

Da geschah das große Wunder. Wenn er auch nichts hatte, ein Lotterielos steckte verborgen im Schrankchen und wartete geduldig auf den großen Tag. Und er kam, kam eher, als vermutet und brachte: 75 000 M.

Nun hatte er Geld, kaufte, kaufte und verkaufte, oh gut, pff! sang in den Tag hinein, und das Unglaubliche war: Er schimpfte nicht mehr auf das Geld, die Arbeit, das Leben.

Kaufen und laufen ist zweierlei. Er kaufte so lange, bis er anfang zu pumpen. Pumpte weiter, pumpte so lange, bis ihm niemand mehr etwas pumpte. Ging an zu schimpfen auf das Geld, die Arbeit, das Leben, konnte wieder schimpfen wie ein Rohrspah und war wieder der Alte. Kaufte sich für das letzte gepumpte Geld ein Los und wartet auf das Glück.

Die Lehre vom Geringst, das der menschliche Organismus dann erzeugen soll, wenn gewisse Bakterien ihn bedrohen, soll falsch sein nach Arbeiten des Dr. Géréte vom Kaiser-Institut in Paris, die Prof. Roux nach dem „Kotin“ jedoch der französischen Akademie eingereicht hat. Die Drähen seien nicht imstande, eine Substanz abzugeben, welche die angreifenden Bakterien vernichten. Die Substanz finde der Körper seine Verteidiger in anderen, bisher unbekanntem Bazillen, die so klein sind, daß auch unsere feinsten Mikroskope sie nicht zu entdecken vermögen. Es soll nun Géréte gelungen sein, Kulturen dieser Bazillen zu züchten und sie u. a. gegen den „Staphylococcus“, den Erreger der Diphtherie anzusetzen. Der neuentdeckte Bazillus wirkte gegen den Staphylococcus ebenso infektiv und zerstörend wie letzterer gegen den Organismus. Die Bazillen freisen sich gegenseitig auf. Géréte hat durch Einimpfung der neuen Kulturen Hänen vom Typus geliebt. Dem Doktor Beobachtung gelang es, Kulturen sowohl gegen Diphtherie zu immunisieren, als auch von dieser Krankheit schon befallene Tiere zu heilen. Wenn Gérétes Forschungen zuträfen, so würden sie die Anschauungen auf dem Gebiete der Bakterientheorie wesentlich verändern.

Ueber Goethes „Faust“ und unsere Zeit spricht Dr. Max Kuel am Mittwoch 7/1, Uhr in der Aula des Kaiserlichen Gymnasiums, SW, Pöhlstraße 24-26.

Wiederholt war vom Deutschen Theater veranstaltet im Landwehrpark am 17. Januar einen Opern-Abend mit einer Uebersetzung von Dardet Entenbergs, und am 18. Januar einen Opern- und Saiten-Abend. Karten zu halben Preisen in der Buchhandlung Hornbarts.

Die Frauenrechtlerin Marie Wegner, die in Schlesien und Cochlen wohnt, des Dichters Armin T. Wegner Mutter, ist unermüdlich tätig für alle, in Kottbus lebenden.

Das Germanische Museum in Nürnberg wird einen neuen Leiter erhalten. Dr. Gustav B. Weizel, dem das Museum seit 1894 unterstand, ist um Entlassung von seinem Posten eingekommen. Seine Verwaltungsmethode wurde in letzter Zeit sehr angegriffen.

Ueber Gedankenmächte und Schillerie spricht Prof. Dr. Schleich am 15. Januar, 7/1, Uhr, im Festsaal des Charlottenburger Rathauses, Berliner Str. 2.

Eine Forschungsreise durch Innerafrika plant der englische Anthropologe Dr. R. W. Lytton, der vor allem die Zwerghafenschimmen und die menschenähnlichen Affen zum Gegenstand seiner geographischen Studien zu machen beabsichtigt.

Wilhelm II. sich hätte träumen lassen. Frankreich dachte gar nicht daran, von seinem getreuen russischen Verbündeten abzufallen, sondern schloß sich diesem vielmehr nur um so enger an, während die deutsch-russische und vor allem die deutsch-französische Entfremdung ihren unheilvollen Lauf nahm. Der Feind, der im August 1914 die Liebesfugungen Wilhelms II. besiegelte, dürfte diesem die Augen darüber geöffnet haben, daß man Leuten, die „nicht Fürsten oder Kaiser“ seien, anstatt von ihnen gelegentliche Liebesfugungen zu verlangen, vielmehr als gleichberechtigten Vertragschließenden rechtzeitig hätte gegenüberzutreten müssen.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Der mit Spannung erwartete Prozeß des Reichsministers Erzberger gegen den Staatsminister Dr. Karl Helfferich wird am 19. Januar vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I beginnen. Den Vorsitz in diesem Prozeß, der sich vorwiegend über mehrere Wochen erstrecken wird, führt, wie die Korrespondenz B. S. erzählt, Landgerichtsdirektor Raumbach, während die Anklage durch Oberstaatsanwalt Krause und den ersten Staatsanwalt a. Clausen vertreten wird. Erzberger, der als Nebenkläger zugelassen ist, wird durch Geh. Justizrat v. Gordon vertreten, während die Verteidigung des Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Max Alsbach übernommen hat.

Dem Prozeß ist ein lebhafter Wechsel von Schriftsätzen beider Parteien vorausgegangen, dessen Inhalt sich namentlich auf den Umfang der Bemeiselaufnahme bezog. Helfferich verlangte, daß diese sich auch auf den Vorwurf der „unlauteren Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen“ erstreckte, während Erzberger durch seinen Rechtsbeistand mitteilen ließ, daß der Strafantrag sich nur auf die im vorigen Jahre erlassene Proklama „Fort mit Erzberger!“ erstreckte. Der Prozeß wird durch die beiden Parteien genannten Zeugen geladen. Es werden zu den Verhandlungen eine ganze Reihe weiterer höherer Staatsbeamter und bekannter Industrieller geladen werden. Unter anderen werden neben Erzberger im Hauptverfahren der Direktor des Thyssen-Konzerns Rabes aus Hamburg, Fritz Thyssen, Kommerzienrat Julius Berger, der Präsident des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte Scheinrotz, Geh. Rat Schulz vom Kanalamt in Kiel u. a. m. als Zeugen vernommen werden.

Die Anklage gegen Dr. Helfferich zerfällt in vier Punkte. Die ersten beiden betreffen den Vorwurf Helfferichs, daß Erzbergers Stellungnahme in der Kriegspolitik während der ersten Kriegsjahre durch seine Zugehörigkeit zum Thyssen-Konzern bestimmt worden sei. Angeblich um Privatinteressen der Firma Thyssen zu dienen, habe Erzberger im September 1914 die normannischen Inseln für Deutschland verlangt, ferner die Überweisung eines Erzbergwerks im Briel-Becken im Thyssenschen Konzern. Als Schiedsrichter in Prozessen zwischen dem Reichsausschuss und der Bauhütte J. Berger habe Erzberger — dies ist der dritte Punkt — das Interesse der Firma J. Berger vertreten und sei dann in deren Aufsichtsrat eingetreten. Der vierte Punkt der Anklage betrifft eine Auslassung Helfferichs, in der er Erzberger gemeinter Lügen und gemeinen Denunziantentums beschuldigt.

Eine „treudeutsche“ Schmarzseresse. Im nationalstischen „Sammer“ steht das folgende Inserat: „Weider trahsthaft edle Deutsche listet einem elternlosen, in großer Not befindlichen treudeutschgesinnten Stud. der ev. Theol. Wigen, d. N., 4 Jahre im Felde, zur Fortführung des Studiums seine Vermögensabgabe ganz oder zum Teil, die doch nur dem jüd. Entente-Großkapital zulieft? Angebote unter...“

Wirtschaft.

Streit um die Kohlenverteilung.

Zwischen dem Reichskohlenkommissar und dem Kohlenverband Groß-Berlin ist ein Streit ausgebrochen.

Der Kohlenverband Groß-Berlin sieht sich gegenüber der in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 8. d. M. veröffentlichten Ermahnung des Reichskohlenkommissars „Kohlenverband werde hart!“ genötigt, folgendes festzustellen:

1. Der Reichskohlenkommissar hat gegen die ausdrückliche Stellungnahme des Kohlenverbandes für das Große Schauspielhaus im Zirkus Schumann die außerordentlich große Strommenge von monatlich 50 000 Kilowattstunden bewilligt. Dieses Kontingent entspricht etwa dem monatlichen Gesamtverbrauch der sämtlichen Berliner Theater (rund 40) und genügt um 25 bis 30 mittlere industrielle Betriebe in Gang zu halten. Die Einwendungen des Kohlenverbandes hingedegen sind unbeachtet geblieben.

2. Die Kohlenstelle Groß-Berlin hatte wegen wiederholter Verleühe die Abschneidung des Stroms gegen die „Kohle-Ver“ in Berlin angeordnet. Diese Maßnahme ist vom Reichskohlenkommissar über den Kopf des Kohlenverbandes hinweg kurzerhand aufgehoben. Die Beschwerde darüber ist bisher unerledigt.

3. Entgegen wiederholten Vorstellungen des Kohlenverbandes Groß-Berlin hat der Reichskohlenkommissar trotz der bestehenden Schmierzeiten auch für Groß-Berlin die Verteilung von Deputatkohle an Besitzer, Direktoren und Angestellte von Kohlenruben angeordnet in Mengen, die weit über die auf die übrige Bevölkerung Groß-Berlins entfallenden Rationen hinausgehen. Durch diese Maßnahme werden nicht nur die schon schwer belasteten Verleüher zugunsten eines kleinen Kreises von Personen weiter in Anspruch genommen, sondern es tritt eine außerordentliche Bevorzugung einzelner gegen die gesamte übrige Bevölkerung ein. So hat u. a. ein derartig bevorzugter einzelner Verbraucher, der eine möblierte Wohnung, bestehend aus drei Zimmern, innehat, für die er nach den Bestimmungen des Kohlenverbandes höchstens 25 bis 30 Zentner erhalten würde, in einer Lieferung etwa 150 Zentner bezogen. Auch die in Zentralheizungsgebäuden wohnenden Deputatberechtigten empfangen für ihre Person Beileistmengen, die sie für ihren eigenen Bedarf nicht verbrauchen können.

Möge der Reichskohlenkommissar, anstatt öffentliche Ermahnungen an den Kohlenverband Groß-Berlin zu richten, zunächst den bedenklichen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis im eigenen Hause beseitigen.

Für weitere Veröffentlichungen der streitenden Dienststellen haben wir bei der Papiernot keinen Raum. Wir müssen die Parteien dringend ermahnen, Hand in Hand zu arbeiten, statt sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, damit die Kohlenverteilung nach rein sachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Die Bevölkerung hat für die dringend notwendigen positiven Arbeit dieser wichtigsten Behörden mehr Interesse als für ihre persönlichen Auseinandersetzungen.

Groß-Berlin

Darum die Furcht vor Groß-Berlin!

Wer sind die Gegner des Gesetzentwurfs über die Zusammenfassung Groß-Berlins zu einer Einheitsgemeinde? Daß der Widerstand in Gemeinden des Westens begann und die Presse der rechtsstehenden Parteien ihn unterjühte, kennzeichnet seine Beweggründe.

Man jammert über „Verlust der Selbstverwaltung“, während doch nur die äußere Selbständigkeit aufgegeben wird, wenn die Einzelgemeinden sich zur Einheitsgemeinde zusammenschließen. Nicht diese Furcht vor Groß-Berlin wurzelt in Erwägungen anderer Art. Früher wehrten sich die westlichen Vororte und auch das damals vom Kommunalfiskus beherrschte Berlin gegen die Zusammenfassung Groß-Berlins deshalb, weil die finanziellen Folgen der Eingemeindung minderbemittelter Vororte des Ostens und des Nordens sie schreckten. Heute, wo die Steuerpolitik des Reiches die Finanzen der Gemeinden auf eine andere Grundlage stellt, geben parteipolitische Erwägungen den Ausschlag. In dem Ausschuss der preussischen Landesversammlung zur Beratung des Gesetzentwurfs über Groß-Berlin haben Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei offen ausgesprochen, daß sie der Einheitsgemeinde Groß-Berlin mit Sorge entgegensehen, weil sie in ihr eine Mehrheit für die Sozialdemokratie erwarten. Ein paar Tage vorher hat auch in einer Konferenz der zur Deutschen Volkspartei gehörenden Mitglieder von Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins der Hinweis auf die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie über die Einheitsgemeinde eine Rolle gespielt, und sogar das Gespenst einer angeblich davon zu befürchtenden Stärkung der „Los-von-Berlin“-Bewegung einzelner Bundesstaaten wurde an die Wand gemalt.

Daß in dem einheitlichen Groß-Berlin die sozialistische Mehrheit der Gesamtbevölkerung einen entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung der Einheitsgemeinde haben wird, bezweifeln wir nicht. Vorbei wäre es dann für die nichtsozialistischen Bewohner westlicher Vororte mit der Herrschaft, die ihnen dort auch nach der Umgestaltung des Gemeinbewahns bis heute noch geblieben ist. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet gewinnen die Klagen über „Verlust der Selbstverwaltung“ doch eine gewisse Bedeutung. Als „Selbstverwaltung“ der Gemeinden gilt der bestehenden Klasse immer nur ein Zustand, der ihr erlaubt, „Jelbst“ die Gemeinden zu verwalten, d. h. unter Entziehung der Rinderdemittelten. Den letzten Rest dieser „Selbstverwaltung“ sollen nun auch die westlichen Vororte und ihre wohlhabende Bevölkerung drangehen, wenn sie in Groß-Berlin aufgehen. Daher ihre Furcht und Angst vor Groß-Berlin.

Der Gemeindevorstand Steglitz hatte in einer Vorlesung Reden und Eingebanden zum Gesetzentwurf Groß-Berlin vorgebracht. Die Steglitzer Gemeindevertretung wurde sich nun in einer außerordentlichen Beratung gegen diese Vorlage ihres Gemeindevorstandes und stimmte einer von der sozialdemokratischen Fraktion eingehenden Entschließung, wonach sich die Gemeindevertretung auf den Boden der Einheitsgemeinde stellt, zu.

20 Prozent Zuschlag zur Friedensmiete.

Der Verband der Wohnungswirtschaften Groß-Berlin hat über die zu erlassende Wohnungsverordnung Beschlüsse gefaßt. Als Höchstgrenze für Mietminderungen soll nach dieser Verordnung allgemein ein Zuschlag von 20 vom Hundert zur Miete des Jahres 1914 erlaubt sein. Nur für Wohnräume und Geschäftsräume und Industriehäuser und ferner für Läden mit über 2400 M. Mietwert wird ein doppelt so hoher Zuschlag, also 40 vom Hundert, zugelassen. Als Berechnung des Mietwerts an den Kosten der Instandsetzungsarbeiten sowohl am Hause als an den Wohnungen wird ferner dem Vermieter ein Reparaturzuschlag von 15 vom Hundert und bei Mieträumen mit Sammelheizung ein solcher von 20 vom Hundert der Miete von 1914 zugesprochen. Der Sonderzuschlag kann jedoch vom Mieter ganz oder teilweise zurückgefordert werden, falls der Vermieter seinen Pflichten in bezug auf Instandsetzung nicht in angemessener Weise nachkommt. Die Wohnungsverordnung regelt dann weiter, das Mietverhältnis in den Wohnungen mit Zentralheizungsanlagen für diejenigen Mieterträge, die nach dem 25. Juni 1919 abgeschlossen sind. Für diese hat künftig eine Trennung der reinen Miete von den Heizungskosten zu erfolgen. Letztere sollen zu neun Zehnteln vom Mieter und zu einem Zehntel vom Vermieter getragen werden. Für Häuser mit Sammelheizung sollen künftig Mieteranschlüsse von 1-3 Personen gebildet werden, die den Einlauf, die Lagerung und Verwendung der Heizstoffe zu übernehmen haben.

Zugzusammenstoß auf dem Ostlichen Bahnhof.

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr in der Nähe des Ostlichen Bahnhofs. Ein nach Lichtenberg ausfahrender Stadtbahnzug stieß mit einem Leerraum zusammen. Dabei wurden einige Personen verletzt; die Verletzungen sollen nicht schwer sein. Auch der Materialschaden soll nicht bedeutend sein. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Auch eine Fleischverteuerung?

Die Berliner Fleischverteilung hat sich mit einer Eingabe an die Preis-Behördungsstelle gewandt, in der gebeten wurde, den Kadenschlächtern einen höheren Verdienst zu gewähren. In der Eingabe wird aufgeführt, daß der Verdienst der Schlächter in Groß-Berlin zwischen 21 und 25 Pf. für das Hund, darunter, während die Reichs-Preisstelle schon im Januar vergangenen Jahres einen Kaderverdienst von 39 Pf. für das Hund als berechtigt anerkannt hat. Neuerdings würden die Einnahmen der Schlächter aber noch durch die Erhöhung der Umsatzsteuer wesentlich verringert. Im Durchschnitt verlieren die Fleischhändler durch diese erhöhte Steuer jährlich 500 M. ihrer bisherigen Einnahmen. Die Fleischverteilung erucht deshalb, die Ausschläge, die durch Zahlung der Umsatzsteuer entstehen, zu übernehmen und event. auf die Verbraucher abzuwälzen.

Gastwerk Niederbarnim vor der Betriebsstilllegung.

Die Gastwerkgesellschaft Niederbarnim-West, die eine große Anzahl Berliner Vororte mit Gas versorgt, erucht folgende Beschlüsse: Infolge Verrückung (2) der für uns bestimmten Kohlenkölne und infolge Verlangens der Kohlenzufuhr auf dem Bahnwege besteht die Möglichkeit, daß wir demnächst vorübergehend die Gaslieferung einstellen müssen, ohne es rechtzeitig vorher bekanntzugeben. Wir erinnern daher heute schon an die Notwendigkeit des gewissenhaftesten Schließens aller Gasgähne im Falle des Unterbrechens der Gaszufuhr.

Noch immer Bereifung trotz andauernden Fautwetters?

Die Funktelegraphie im Postdienst.

Nachdem das inländische Funknetz weiter ausgebaut worden ist, soll in größerem Umfang von diesen Anlagen Gebrauch gemacht werden. Fortan behält sich daher die Reichstelegraphenverwaltung für die Bewilligung des telegraphischen Verkehrs im allgemeinen freie Wahl hinsichtlich des zu benutzenden Weges (Draht- oder Funkweg) vor. Beständig jedoch der Absender ein Wählern des Telegramms durch Unbefugte, was bei der Eigenart der drahtlosen Telegraphie nicht durchweg ausgeschlossen

ist, und wünscht er daher ausdrücklich die Drahtbeförderung, so hat er im Telegrammantragformular an der für die Beförderung vorgesehenen Stelle den gebührenfreien Vermerk „Draht“ niederzuschreiben. Das gleiche gilt für den Telegrammverleüher Deutschlands mit den europäischen Ländern, soweit die Gebühren auf dem Draht und Funkweg gleich sind. Vorläufig ist dies der Fall im Telegrammverleüher Deutschland-Spanien, für den über die Hauptpoststelle Königswinterhausen eine Funkverbindung zur Beförderung steht. Im Telegrammverleüher Deutschland-Spanien, für den eine Gleichstellung der Draht- und Funkgebühren noch nicht erfolgt ist, hat der Absender, wenn er den Drahtweg wünscht, dies ebenfalls durch den Vermerk „Draht“ auszuweisen; trifft er keine Bestimmung über den zu benutzenden Weg, so werden die Gebühren für den Funkweg erhoben. Im Telegrammverleüher mit Amerika bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen, wonach der Reichstelegraphenverwaltung die Wahl des zu benutzenden Weges überlassen ist, wenn der Absender weder die Drahtbeförderung durch Angabe eines der in der „Gebührenliste für Telegramme“ enthaltenen Weges noch den Funkweg vorgezeichnet hat.

Schneiders. Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern Vorstands Wahl. Zum ersten Vizepräsident wurde Geminetti (Soz.) mit 39 Stimmen wiedergewählt. Auf Dr. Teuffer (Neue Fraktion), der bisher zweiter Vizepräsident war, fielen 23 Stimmen. Die „Neue Fraktion“ erklärte, sie habe als „Mächtige Fraktion“ den Posten des ersten Vizepräsidenten zu beanspruchen. Da sie ihn nicht erhalten habe, werde sie nun auf jeden Posten im Vorstand verzichten. (Heraus: Gefährliche Lebensmittel!) Zum zweiten Vizepräsident wurde dann Dr. Lauterbach (Dem.) mit allen 88 wählbaren Stimmen gewählt. Die „Neue Fraktion“ enthielt sich der Stimmabgabe. Zur Vorsitzenden wurden zu Vizepräsidenten Otto (Dem.) und Kolländer (Soz.), zu Stellvertretern Fritz Barth (Dem.) und Fr. Böhm (Soz.) gewählt. — Eine dringliche Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion eruchte den Magistrat um Auskunft über den Stand der Lebensmittelversorgung. Dieselbe wünschte eine dringliche Anfrage der „Neuen Fraktion“. Ein Antrag der Unabhängigen eruchte den Magistrat um Einspruch gegen die verteuerten Ablieferungspremien. Bachmann (Soz.) wies auf die in der Bevölkerung entzündete Beunruhigung hin. Dr. Kaufhold (N. Fr.) rief, daß die Beunruhigung durch den Berliner Oberbürgermeister Vermaß in die Bevölkerung Groß-Berlins hineingetragen worden sei. Wilberg (N. Soz.) meinte, die Rationierung werde auch gegen Prämien nicht ausreichen. Hefner, weil sie die Aufhebung der Zwangsversorgung durchziehen wollen. Stadtrat Jacobs antwortete: Die Regierung hält die Lebensmittelversorgung der nächsten Zeit für gesichert. Der Oberbürgermeister von Berlin ist anderer Ansicht. Darum hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin erhebliche Lebensmittelmengen angekauft. Zeit, Schmalz, Hülsenfrüchte. Schönberg wird anlässlich der Besichtigung der Magistrat mit nächsten eine Vorlage machen. Es handelt sich um 23½ Millionen Mark. (Bewegung.) Dem Einspruch gegen die Prämien schloßen wir uns nicht an. Wir freuen uns, daß die Ablieferung besser. Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Unabhängigen abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Magistrat möge bei den zuständigen Stellen darauf hinwirken, daß die Rationierung von Hafer sowie von Getreide und Stroh wieder ermöglicht wird, und daß für das neue Wirtschaftsjahr Maßnahmen getroffen werden, die die Ablieferungspremien erheblich mindern. — Der Magistrat soll nach dem Vorschlag des Ausschusses, dem ein bezüglicher Antrag der sozialdemokratischen Fraktion überreicht worden war, ersucht werden, die Angelegenheiten der Einwohnerwehr an die Generalkommission zu übertragen. — Wilberg (N. Soz.) wandte sich dagegen. Die Enterte habe Verletzung der Einwohnerwehren gefordert — da würde, händte er, die Deputation von der Einwohnerwehr nicht mehr viel Arbeit haben. Roser (Dem.) nannte ihn deshalb einen Vateclandverleüher. Aufgefordert eruchte Wilberg durch Zwischenruf den Vorsitz am Schluß. In der weiteren Debatte erklärte er, Roser's Erlaß schloße die Unabhängigen von der Einwohnerwehr aus. Sie würden daher die Einwohnerwehr mit allen ihnen zu Gebote stehenden Waffen bekämpfen. Freter (Soz.) antwortete ihm und den anderen Rednern der Unabhängigen, daß die Sozialdemokraten in die Einwohnerwehr eintreten, damit sie nicht ein Werkzeug der Reaktion wird. Dem Beschlusse des Ausschusses wurde zugestimmt. — Für die Magistratshilfe forderte ein dringlicher Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, daß ihnen auf die zu erwartende Gebührenaufhebung ein bis zum 15. Januar auszugehender Vorschlag von 600 M. (für Jugendliche 150 M.) bewilligt wird. Ein dringlicher Antrag der Unabhängigen forderte, die früher als Vorschlag gegebenen 400 M. (für Jugendliche 100 M.) jetzt als Wirtschaftshilfe zu geben und bis zum 20. Januar zu zahlen. Der Magistratsverleüher teilte mit: Die Verhandlungen über die Aufhebung der laufenden Bezüge sowie über die Wirtschaftshilfe der Magistrats sind soeben zum Abschluß gelangt. Der Schlichtungsausschuss hat die Wirtschaftshilfe abgelehnt, aber folgende Gebührenaufbesserungen genehmigt: Das Monatsgehalt soll erhöht werden für Ledige um 100 M. bis Jahresabschluss, dann um 150 M.; für Verheiratete um 150 M. bis Jahresabschluss, dann bis 200 M.; für Jugendliche um 100 M. bis Jahresabschluss, dann um 100 M. Der Magistrat wird den Schlichtungsausschuss annehmen. Bezüglich des Fortschaffens hat der Personalausschuss beschlossen, daß Verheiratete unbedingt 300 M., Nichtverheiratete bei Dringlichkeit 200 M. erhalten sollen. Stadtrat Arukow empfahl, auch Nichtverheirateten unbedingt einen Vorschlag zu geben. Dem Wunsch der Demokraten, nach dieser Erklärung des Magistrats die beiden Anträge zurückzugeben, folgten beide Fraktionen nicht. Darauf wurde der Antrag der Unabhängigen abgelehnt, der Antrag der Sozialdemokraten angenommen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Preis. Die Bekanntmachung vom 9. Januar wird dahin berichtigt, daß nicht 2 Pfund, sondern nur 300 Gramm Grundrost verabreicht werden. Steglitz. Vom 12. bis 14. Januar folgende Anordnungen: 250 Gr. Roggenschrot, 125 Gr. Mergentrakt, 125 Gr. Kartoffelschale, 100 Gr. Getreide, 200 Gr. ausl. Hülsenfrüchte. In der Woche vom 12. bis 14. Januar werden 2 Pfund Kartoffeln ausgegeben. An Stelle der nicht ausgegebenen Kartoffeln werden 400 Gramm Hülsenfrüchte und 2 Pfund Kohlraben verabreicht.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Reichensec. Mittwoch 7½ Uhr: Bezirksabende in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Plüke, Kolonnenstr. 22; 2. Bezirk bei Stürke, Charlottenburger Str. 3; 3. Bezirk bei Weidmann, Langhausstr. 62; 4. Bezirk bei Heller, Berliner Allee, Ecke Westendbrunn. Lichtenberg. Ratskeller Mittwoch 7½ Uhr in folgenden Lokalen: 1. Bezirk: Hampel, Malzer Str. 20; Schärer, Gabelstr. 17; 2. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 29; Schuler, Platanenstr. 10; 3. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 13; 4. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 5. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 6. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 7. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 8. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 9. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 10. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 11. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 12. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 13. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 14. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 15. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 16. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 17. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 18. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 19. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 20. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 21. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 22. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 23. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 24. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 25. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 26. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 27. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 28. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 29. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 30. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 31. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 32. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 33. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 34. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 35. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 36. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 37. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 38. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 39. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 40. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 41. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 42. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 43. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 44. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 45. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 46. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 47. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 48. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 49. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 50. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 51. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 52. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 53. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 54. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 55. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 56. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 57. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 58. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 59. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 60. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 61. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 62. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 63. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 64. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 65. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 66. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 67. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 68. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 69. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 70. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 71. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 72. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 73. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 74. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 75. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 76. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 77. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 78. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 79. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 80. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 81. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 82. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 83. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 84. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 85. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 86. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 87. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 88. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 89. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 90. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 91. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 92. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 93. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 94. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 95. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 96. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 97. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 98. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 99. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 100. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 101. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 102. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 103. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 104. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 105. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 106. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 107. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 108. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 109. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 110. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 111. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 112. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 113. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 114. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 115. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 116. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 117. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 118. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 119. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 120. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 121. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 122. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 123. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 124. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 125. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 126. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 127. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 128. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 129. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 130. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 131. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 132. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 133. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 134. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 135. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 136. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 137. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 138. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 139. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 140. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 141. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 142. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 143. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 144. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 145. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 146. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 147. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 148. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 149. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 150. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 151. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 152. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 153. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 154. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 155. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 156. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 157. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 158. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 159. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 160. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 161. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 162. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 163. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 164. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 165. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 166. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 167. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 168. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 169. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 170. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 171. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 172. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 173. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 174. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 175. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 176. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 177. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 178. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 179. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 180. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 181. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 182. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 183. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 184. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 185. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 186. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 187. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 188. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 189. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 190. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 191. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 192. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 193. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 194. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 195. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 196. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 197. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 198. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 199. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 200. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 201. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 202. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 203. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 204. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 205. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 206. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 207. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 208. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 209. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 210. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 211. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 212. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 213. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 214. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 215. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 216. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 217. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 218. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 219. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 220. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 221. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 222. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 223. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 224. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 225. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 226. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 227. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 228. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 229. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 230. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 231. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 232. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 233. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 234. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 235. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 236. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 237. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 238. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 239. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 240. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 241. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 242. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 243. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 244. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 245. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 246. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 247. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 248. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 249. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 250. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 251. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 252. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 253. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 254. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 255. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 256. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 257. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 258. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 259. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 260. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 261. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 262. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 263. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 264. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 265. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 266. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 267. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 268. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 269. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 270. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 271. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 272. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 273. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 274. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 275. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 276. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 277. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 278. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 279. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 280. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 281. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 282. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 283. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 284. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 285. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 286. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 287. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 288. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 289. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 290. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 291. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 292. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 293. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 294. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 295. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 296. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 297. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 298. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 299. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 300. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 301. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 302. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 303. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 304. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 305. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 306. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 307. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 308. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 309. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 310. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 311. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 312. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 313. Bezirk: Krieger, Kriegerstr. 17; 314. Bezirk: Krieger